

Transatlantische Hahnenkämpfe?

Thorsten Benner, Jan Martin Witte

Erschienen in: *Politische Vierteljahresschrift* 39 (2), 1998, S. 368-378.

Die transatlantischen Beziehungen sind ins Gerede gekommen. Mit schöner Regelmäßigkeit geht ein Rauschen durch den meinungsbildenden Blätterwald, das von einer tiefen Krise in den Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten kündigt. Drohende Handelskriege, Auseinandersetzungen um das von den Vereinigten Staaten so gern angewandte Mittel der Wirtschaftssanktionen mit extraterritorialer Wirkung wie den Helms-Burton-Act oder gar ein Auseinanderbrechen der Kulturen und Gesellschaften dies- und jenseits des Atlantik stehen dabei im Mittelpunkt der Diskussion. Die früher eng kooperierenden Sicherheitspartner, so der weitgehende Konsens, befänden sich in einem zunehmend härter geführten wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb, der das alte Bündnis auf eine harte Probe stelle. Mit ähnlicher Regelmäßigkeit bemühen sich Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks, derartige Unkenrufe durch lautstarke Bekräftigungen der transatlantischen Partnerschaft zu übertönen.

Jenseits solcher oft tagespolitisch motivierter Diskussionen scheint die Zeit reif für eine grundlegende Bestandsaufnahme des transatlantischen Beziehungsgeflechts zu sein. Inwieweit haben sich die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die transatlantische Partnerschaft gewandelt? Wie ändern sich Formen von Kooperation und Konflikt in verschiedenen Politikfeldern (Sicherheitspolitik, wirtschaftliche Beziehungen, kulturelle Kontakte)? Wie ist die relative Gewichtung und das Zusammenwirken verschiedener Formen und Ebenen der Zusammenarbeit (bilateral, multilateral, transnational) zu beurteilen? Wie müssen die Institutionen und Formen transatlantischer Zusammenarbeit beschaffen sein, um den erklärten Zielen (Beitrag zu weltweiter Demokratie, Stabilität und Wohlfahrt) zu genügen? Wie ist es um die mittel- und langfristigen Perspektiven der transatlantischen Partnerschaft bestellt?

Erstaunlicherweise hat die Disziplin Internationale Beziehungen bisher kaum profunde theoriegeleitete Untersuchungen zu den sich wandelnden Institutionen, Strukturen und Prozessen der transatlantischen Beziehungen hervorgebracht. Der überwiegende Teil der Beiträge entstammt den „Think Tanks“ auf beiden Seiten des Atlantiks - so auch die Mehrzahl der hier zu besprechenden Werke. Allen gemein ist

eine Konzentration auf das Verhältnis zwischen den mächtigsten EU-Staaten bzw. den Institutionen der EU und den USA; kleinere (ost-)europäische Staaten sowie die Beziehungen zu Kanada und den übrigen amerikanischen Staaten werden meist ausgeblendet.

Mittlerweile wird das Ende des Ost-West-Konflikts als erklärende Variable für jede erdenkliche Form des Wandels benutzt. So auch - mit einigem Recht - im Falle der transatlantischen Beziehungen, die seit dem Zweiten Weltkrieg wesentlich durch die Blockkonfrontation geprägt wurden. Das Ende des Kalten Krieges hat den Blick auf die tieferen Ursachen der anhaltenden innen- und außenpolitischen Reorientierung in Europa und den USA freigelegt: Einerseits müssen sich Innen- und Außenpolitik mit den als Globalisierung und Regionalisierung bezeichneten weltwirtschaftlichen Wandlungsprozessen auseinandersetzen; andererseits sind eine Reihe neuer globaler Probleme vielfältiger Natur (Regionalkonflikte, Proliferation nuklearer Waffen, internationale organisierte Kriminalität u.v.m.) in den Vordergrund gerückt, welche - so eine Grundannahme dieses Beitrags - kooperative Lösungen erforderlich machen. Die im folgenden zu besprechenden Werke müssen sich daran messen lassen, inwieweit ihre theoretisch-konzeptionellen Instrumentarien und Politikempfehlungen dem komplexen Wandel der Rahmenbedingungen für die transatlantischen Beziehungen Rechnung tragen. Die Besprechung gliedert sich - nach einer Analyse von zwei Bänden mit breitem Diagnoseanspruch und weitgefaßten Lösungsvorschlägen - in die Bereiche Sicherheit, Wirtschaftsbeziehungen und zwischengesellschaftlicher Austausch.

„Kulturbruch“ und das „Ende der Selbstverständlichkeiten“?

Werner Weidenfeld, Direktor des Münchener Centrums für angewandte Politikforschung und Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, nimmt das Jahr 1989 zum Ausgangspunkt seiner Analyse der Beziehungen zwischen Europa und den USA. Der Wegfall des unmittelbaren Zwanges zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit markiere das „Ende der transatlantischen Selbstverständlichkeit“. Ein „Kulturbruch mit Amerika“ drohe, sollten die alten Fundamente der Partnerschaft nicht erneuert werden. Unter Kulturbruch versteht Weidenfeld nicht das abrupte Ende der Partnerschaft, sondern den „mittelfristigen Prozeß zur nachhaltigen

Auseinanderentwicklung von Einstellungen und subjektiven Entwürfen der Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft auf beiden Seiten“(104).

Weidenfeld konstatiert eine „schwere Identitätskrise“ beider Partner (102), die mit einem Generationswechsel der Eliten (Abtreten der durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit geprägten Generationen) und bedeutenden innenpolitischen Veränderungen einhergehe. Die innenpolitische Zeitenwende und zunehmende Aufmerksamkeit für die Pazifikregion auf der einen, sowie an den Europäischen Integrationsprozeß und den Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa gebundene politische Aufmerksamkeit auf der anderen Seite haben das transatlantische Bündnis in seiner Bedeutung relativiert. Eine Partnerschaft sollte mehr sein als die Summe seiner Teile - das zumindest erwartet man in politischer, kultureller und vor allem auch wirtschaftlicher Hinsicht von den transatlantischen Beziehungen. Europa und die Vereinigten Staaten müßten sich, so Weidenfeld leider wenig konkret, auf den Weg zu einer Neubestimmung ihrer eigenen Identitäten machen, um eine erneuerte Partnerschaft gestalten zu können.

Analytiker auf der anderen Seite des Atlantiks betonen ebenso die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen Europa und Amerika auf ein neues Fundament zu stellen - so die in dem von *David C. Gompert* und *F. Stephen Larrabee* herausgegebenen Band versammelten Beiträge aus dem Kreis der RAND-Corporation, einem in Kalifornien angesiedelten Think Tank: „The Atlantic Alliance lives on borrowed time“, betont Gompert in seiner Einleitung (4). Die offizielle Politik trage dem nicht Rechnung. Das propagierte Ziel der Partnerschaft, Amerikas Engagement in Europa fortzuführen, sei „passive, uninspired, and unresponsive to the lives and hopes of ordinary Americans and Europeans“ (2). Die alte Allianz lediglich am Leben zu erhalten, könne sich schnell als lebensbedrohlich herausstellen, denn: „If it was ideal for the bipolar world, it must be wrong for a world transformed. Its essence must change and its purpose must grow. The Atlantic partnership must escape the imprisonment of the status quo.“ (6) Gompert und Larrabee streben eine breitere Basis für die transatlantischen Beziehungen an: Die Bühne müsse sich von Europa auf die ganze Welt ausdehnen, um die gemeinsamen Interessen in einer strategischen und ökonomischen Partnerschaft zu verfolgen. Gegenwärtig stehe man vor dem Problem, daß die in den Augen der Autoren vorhandenen gemeinsamen Interessen (Ausbau einer liberalisierten Weltökonomie, Sicherung der Energieversorgung und des Austausches von Gütern, Kapital und

Informationen, Stabilisierung der jungen Demokratien und der „emerging markets“, sowie der Sieg über Pariastaaten) nicht immer als solche wahrgenommen würden.

Neue Herausforderungen - neue Strukturen?

Für die RAND-Analytiker steht eine Reform der bestehenden Institutionen an erster Stelle - unter der Maßgabe, daß diese „more equal, more ambitious, and more global“ werden müßten (14). Sie fordern eine weltweite Rolle für eine reformierte NATO, gemeinsame Strategien für die Politik gegenüber Rußland und dem Nahen Osten, sowie eine Koordinierung der wirtschaftlichen Bestrebungen (etwa innerhalb der G7). Auf die einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen für die Felder Sicherheit und Ökonomie soll im weiteren Verlauf der Rezension näher eingegangen werden. Die RAND-Autoren vertrauen im wesentlichen auf traditionelle Strukturen und können ihren Anspruch, neue Ideen for „a world transformed“ zu entwickeln, kaum einlösen - zumindest wenn man voraussetzt, daß die traditionellen nationalstaatlich geprägten Machtspiele einer zunehmend interdependenten Welt immer weniger angemessen sind.

Werner Weidenfeld mahnt drei „Verbindlichkeitssprünge“ an, die am Beginn des Weges zu einer erneuerten Partnerschaft stehen sollen. Dazu gehören neue Strukturen politischer Zusammenarbeit und Abstimmung, die Koordination und Liberalisierung der transatlantischen Wirtschafts- und Handelspolitik, sowie die Neubegründung einer „transatlantischen Lerngemeinschaft“. Alle drei Ansätze kennzeichnet guter Wille, doch sind sie wenig praktikabel oder nur unscharf entwickelt.

Für eine institutionalisierte Form der politischen Zusammenarbeit nimmt Weidenfeld die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) zum Vorbild, was angesichts der Erfahrungen mit der EPZ etwa im Balkan-Konflikt kaum als vielversprechend erscheint. Für die Neuordnung und Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen spricht Weidenfeld sich ebenfalls aus, ohne dabei aber konkreter zu werden. Darin spiegelt sich seine Ansicht, die Europäische Union werde für die Vereinigten Staaten auf absehbare Zeit der wichtigste und auch attraktivste Wirtschaftspartner bleiben. Diese Feststellung ist mit Hinblick auf die sich rasant entwickelnden Schwellenländer Ostasiens mehr als fraglich und wird von anderen Autoren in Frage gestellt (vgl. Reinicke 1997: 30). Ob die fortschreitende wirtschaftliche Integration innerhalb der EU das Investitionsklima für US-Unternehmen „noch wesentlich interessanter“

machen wird, ist ebenfalls eine offene Frage. Andere Faktoren wie z.B. die Liberalisierung und Flexibilisierung der europäischen Arbeitsmärkte oder die Reform vieler überregulierter Wirtschaftsbereiche sowie der Institutionen der EU stehen für viele Investoren vermutlich eher im Vordergrund. Eine „transatlantische Lerngemeinschaft“ in Form eines gemeinsamen Parlamentariergremiums zum Austausch politischer Expertise erscheint ebenso fragwürdig. Der transatlantische Austausch wird an Orten und in Institutionen intensiver betrieben, die bei Weidenfeld „gar nicht vorkommen“ (so Robert G. Livingston in einem Kommentar in DIE ZEIT Nr. 9/97, S. 14.). Neue Informationstechnologien und verminderte Transaktionskosten haben in vielen Bereichen einen regen Austausch erzeugt, der kaum von einer zentralen Stelle gesteuert oder verwertet werden könnte. Weidenfeld hat mit seinem Buch durchaus dazu beigetragen, die transatlantischen Beziehungen hierzulande wieder in die Diskussion zu bringen. Dabei sind die von Weidenfeld angesprochenen Gebiete (politische Zusammenarbeit, wirtschaftliche Zusammenarbeit und zwischengesellschaftlicher Austausch) von zentraler Bedeutung und sollen auch im folgenden näher beleuchtet werden. Seine Lösungsvorschläge verharren - ähnlich wie die der RAND-Autoren - in traditionellen Denkmustern oder sind den neuen Bedingungen und Anforderungen nicht gewachsen. Die transatlantischen Beziehungen bedürfen also, wie hier deutlich wird, einer eingehenderen Betrachtung. Inwiefern hinterläßt die schwindende Symbolträchtigkeit der Sicherheitspartnerschaft wirklich ein Vakuum in den transatlantischen Beziehungen? War die Sicherheitskooperation eine nur zeitweilige Erfordernis ohne prägende Wirkung, oder hat sich in den letzten fünfzig Jahren eine kollektive Identität und Wertegemeinschaft zwischen den Partnern entwickelt, die von dauerhafter Bedeutung ist? Welchen Zweck sollen transatlantische Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges erfüllen, welchen potentiellen Nutzen enthalten sie für die Partner?

Die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft

Zunächst blieb nach dem Ende des Kalten Krieges das Verschwinden der gemeinsam wahrgenommenen Bedrohung, des gemeinsamen Feindes zu feiern (oder zu beklagen). Der Bereich der Sicherheitspolitik war unmittelbar der Belastung und dem Druck der Neuorientierung unterworfen. Nun mußte sich zeigen, ob sich die NATO als Kerninstitution der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit auch unter geänderten

weltpolitischen Rahmenbedingungen bewähren konnte. Unterschiedliche Schulen äußerten nach 1989 divergierende Prognosen zur Zukunft der NATO - abhängig von ihren Einschätzungen, was den Kern und die Natur der Partnerschaft ausmacht.

Für Anhänger des strukturellen Realismus ist die Lage eindeutig: Im Zeitalter der Multipolarität haben sich die Interessen der beteiligten Staaten gewandelt. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit stellt nunmehr weder für die USA noch für Europa eine Überlebensnotwendigkeit dar. Die Vereinigten Staaten brauchen keine derart engen Verbündeten für die eigene Sicherheit und reduzieren so ihr nun obsolet gewordenenes Engagement in Europa. Die europäischen Staaten wiederum lösen sich von der (von vielen als solche wahrgenommenen) Dominanz der USA und organisieren ihre Sicherheit auf europäischer Basis. Dem nun überflüssigen Nordatlantikpakt sagen die strukturellen Realisten eine schrittweise Auflösung voraus. Kenneth Waltz etwa hat der NATO schon Anfang der neunziger Jahre den Todesschein ausgestellt - mit dem Hinweis, daß sich das endgültige Dahinscheiden noch um einige Jahre hinauszögern könne. „Klassische“ Realisten sind weit zurückhaltender in ihrer Einschätzung: Für sie stellt Rußland weiterhin eine (potentielle) Bedrohung dar, die den Fortbestand der NATO erforderlich mache.

Für Anhänger liberal-institutionalistischer und sozialkonstruktivistischer Ansätze hingegen ist die NATO weit mehr als ein gewöhnliches Verteidigungsbündnis, das lediglich durch das gemeinsame Bedrohungsgefühl zusammengehalten wird. *Thomas Risse* betont im Rahmen seiner großangelegten Untersuchung über den Einfluß der europäischen Verbündeten auf die US-amerikanische Außenpolitik, daß die westliche Allianz eine „functional institutionalization of the transatlantic security community based on common values and a collective identity of liberal democracies“ darstelle (223). Als „pluralistische Sicherheitsgemeinschaft“ (K. W. Deutsch) sei der Fortbestand (in sich wandelnder Form) auch in einer grundlegend veränderten Umwelt wahrscheinlich. Im Gegensatz zu den oft wolkenreichen Ausführungen Weidenfelds stellt die Studie Risses einen der wenigen gelungenen deutschen Beiträge zur Außenpolitikforschung dar, der theoretische Reflexionen und eingehende Fallstudien zu verbinden weiß. Zudem präsentiert Risse eine der ersten Untersuchungen, welche die Prozesse und Mechanismen der transatlantischen Sicherheitskooperation thematisiert und dabei nachweisen kann, daß der Einfluß der „kleinen“ europäischen Partner (v. a. Großbritannien sowie die Bundesrepublik, weniger Frankreich) auf die US-Außenpolitik weit größer als gemeinhin angenommen ist. Dies führt Risse vor allem auf die

kollektive Identität demokratischer Partner (institutionalisiert in der Norm der Konsultation), transnationale und transgouvernementale Koalitionen sowie die Möglichkeit der europäischen Partner, innenpolitischen Druck im Rahmen sogenannter „Zwei-Ebenen-Spiele“ (Putnam) innerhalb der Beratungen der Allianz zu instrumentalisieren. In vier Fallstudien (Korea-Krieg, Kuba-Krise, die Verhandlungen um den „Limited Test Ban Treaty“ 1963 sowie die NATO-Strategiedebatten um „flexible response“, Doppelbeschluß und Null-Lösung) zeigt Risse die Einflußmöglichkeiten der europäischen Partner auf die Entscheidungen der Supermacht USA. Eine Ausnahme bildet das fünfte Fallbeispiel der Suez-Krise, in der es zu einer direkten Konfrontation innerhalb der Allianz kam und die USA durch ihre überlegenen Machtmittel Großbritannien und Frankreich zum Einlenken zwangen. Risse führt das auf einen „mutual sense of betrayal of the community leading to the violation of consultation norms and the temporary breakdown of the collective identity“ zurück (83-84). Eine derartige (in diesem Fall empirisch durchaus plausibilisierbare) Argumentationsartikulation kann nicht verdecken, daß innerhalb der transatlantischen Allianz bisweilen doch traditionelle machtpolitische Erwägungen eine bedeutende Rolle spielen und sich der „stärkere“ Partner gegen den Widerstand einzelner Partner durchsetzt. Auf längere Sicht kann jedoch (wie nach der Suez-Krise) durch beständige Bemühungen der Partner der Charakter einer pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft gewahrt werden, was auch die Überlebens- und Anpassungsfähigkeit der NATO nach 1989 erklärt. Im Prozeß der deutschen Vereinigung hat sich der stark konsensorientierte Charakter insbesondere der amerikanisch-deutschen Beziehungen gezeigt, wie Thomas Risse in einer Sammelbesprechung („The Cold War's Endgame and German Unification“) betont. In den 2+4-Verhandlungen sei zudem die Bedeutung transgouvernementaler Koalitionen deutlich geworden.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß die anhaltende Reorientierung und -organisation des Verteidigungsbündnisses und der europäischen Sicherheitsarchitektur ohne Konflikte vonstatten geht. Die französische Regierung etwa, schon immer auf eine Eigenständigkeit Frankreichs und Europas gegenüber den USA bedacht, befürwortet(e) eine stärkere Eigenverantwortung Europas z.B. im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), während die US-Regierung (nicht ohne Widerstände im Kongreß) eine Erweiterung und Vertiefung der NATO betreibt. Daß die NATO bis heute das „only game in town“ geblieben ist, liegt nicht zuletzt im grandiosen Scheitern der eigenständigen europäischen Bemühungen im Balkan-Konflikt begründet: Die 1991 vom Luxemburger Außenminister

Jacques Poos proklamierte "Heure de l'Europe" entpuppte sich als eine der schwärzesten Stunden und unterstrich die gegenwärtige Unzulänglichkeit von GASP, OSZE und WEU. So konzentriert sich auch *Ronald D. Asmus* (in dem von Gompert und Larrabee herausgegebenen Sammelband) auf die Reform der Transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Asmus strebt eine doppelte Erweiterung der NATO an: erstens die Einbindung der mittelosteuropäischen Transformationsländer in die Institutionen und Strukturen der NATO, zweitens eine grundlegende Erweiterung der Agenda und des Tätigkeitsfeldes der NATO über den europäischen Kontinent hinaus. Asmus wünscht sich eine NATO, die gemeinsame westliche Interessen überall dort verteidigt, wo sie bedroht sind. Dazu sei die Entwicklung einer gemeinsamen, global orientierten strategischen Kultur vonnöten, die Europa zu einem gleichberechtigten Partner mache, der auch die gleichen militärischen Lasten zu tragen bereit ist. Asmus kritisiert das Konzept einer Zivilmacht Europa, das nur die militärische Selbstbeschränkung Europas zementiere.

Weiterhin teilt er die Forderung nach der Gleichberechtigung Europas in der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft mit den meisten Beobachtern. Sein Konzept der doppelten Erweiterung der NATO bleibt jedoch aus mehreren Gründen unbefriedigend: Zum einen ist es fraglich, ob Europa auch nach einer Reform der NATO-Institutionen als gleichberechtigter Partner auftreten kann. Manchem der europäischen Verbündeten gelten die harte Position der USA in der Debatte um die NATO-Osterweiterung (Beschränkung auf drei neue Mitglieder) und die weiterhin schwache außenpolitische Zusammenarbeit in Europa als Beweis dafür, daß die Vereinigten Staaten auf absehbare Zeit von ihrer dominanten Rolle im Bündnis nicht abrücken werden. Zum anderen scheint eine primär auf traditionellen sicherheits- und machtpolitischen Kalkül beruhende globale Expansion der NATO eine wenig tragfähige Basis, weder für die zukünftige transatlantische Partnerschaft noch für die Lösung der sicherheitspolitischen Probleme, mit denen sich die Partner auf beiden Seiten des Atlantiks zukünftig konfrontiert sehen. Hier wäre zu diskutieren, inwieweit eine stärkere multilaterale Einbindung der USA und Europas in UNO, OSZE und globale Umweltregime zur Lösung regionaler Militärkonflikte und Umweltprobleme beitragen könnte.

So treffend Asmus' Feststellung ist, daß es die Fixierung der transatlantischen Partnerschaft auf den europäischen Raum zu überwinden gelte, so wenig greifen die in dem Gompert/Larrabee-Band präsentierten Rezepte einer globalen Ausdehnung militärischer Strukturen. Auch wenn die NATO in den Jahren nach 1989 ihre Notwendigkeit erfolgreich unter Beweis gestellt hat und mittelfristig eine

Fortsetzung des US-Engagements in Europa gesichert scheint, ist fraglich, ob die Fortführung einer „traditionellen“ sicherheitspolitischen Partnerschaft ein ausreichendes Fundament für die transatlantischen Beziehungen bieten kann.

Eine neue transatlantische Agenda

In dem Bewußtsein, daß militärische Kooperation weder eine ausreichende Basis für die transatlantischen Beziehungen noch für die Lösung neuer Herausforderungen wie Terrorismus, Geldwäsche, Umweltzerstörung, Migrationsbewegungen, Drogenhandel und nukleare Proliferation liefern kann, begann nach 1989 die Suche nach neuen institutionellen Arrangements. Ziel war es, die Beziehungen zwischen der EU und den USA auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Ende 1990 unterzeichnete Transatlantische Erklärung war ein erster Schritt in diese Richtung. Neben der Betonung gemeinsamer Werte, Prinzipien und Traditionen verpflichteten sich die EU und die USA zu halbjährlichen Konsultationen, an denen Funktionsträger und Experten aus US-Administration, Kommission und Ratspräsidentschaft teilnahmen. Diese Gipfel blieben jedoch meist isolierte Ereignisse, die keine gemeinsamen strategischen Politikinitiativen zur Folge hatten. *Anthony Laurence Gardner* bezeichnet die Treffen als „briefings given by US participants for their European counterparts for which the former obtained little in return“ (13). Gardner, führender Europa-Experte in Clintons nationalem Sicherheitsrat, beschreibt in seinem Buch die Bemühungen um eine Intensivierung und Fokussierung der Kontakte zwischen der EU und den USA, die in der „New Transatlantic Agenda“ (NTA) und dem „Joint US-EU Action Plan“ (JAP) gipfeln, die im Dezember 1995 in Madrid verabschiedet wurden. Gardner, der eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung der beiden Dokumente spielte, stellt fest, daß es vor allem die Europäer waren, die auf eine qualitative Aufwertung der Kontakte drängten. Die beiden Dokumente wurden wesentlich dadurch ermöglicht, daß sich die Clinton-Administration in der zweiten Hälfte der ersten Amtszeit verstärkt Europa zuwandte und auch dem europäischen Integrationsprozeß volle Unterstützung gewährte. Die NTA sollte die europäische Wahrnehmung eines Auseinanderdriftens der Partner (u. a. begründet in Clintons Betonung der inneramerikanischen Kooperation und der Rede vom kommenden „pazifischen Jahrhundert“) endgültig ausräumen. Die EU bestand auf einem langen Dokument, um den globalen Anspruch der transatlantischen Partnerschaft zu unterstreichen und

präsentierte einen Entwurf von "roughly 50 single-spaced pages reading more like a laundry-list than a plan establishing priorities for immediate action" (63). Obwohl der Gemeinsame Aktionsplan letztendlich in vier Felder gegliedert ist („Promoting Peace and Stability, Democracy and Development Around the World“; „Responding to Global Challenges“; „Contributing to the Expansion of World Trade and Closer Economic Relations“ sowie „Building Bridges Across the Atlantic“), bleibt der Eindruck einer recht beliebig zusammengewürfelten Einkaufsliste bestehen.

Dies betonen auch *Christoph Bail*, *Wolfgang H. Reinicke* und *Reinhardt Rummel* in der gemeinsam von der Forward Studies Unit der EU-Kommission, der Brookings Institution und der Stiftung Wissenschaft und Politik erstellten Studie zu den mittelfristigen Perspektiven der transatlantischen Partnerschaft. Die differenziert argumentierende und überzeugende Studie wurde jetzt zusammen mit einer Vielzahl von qualitativ sehr unterschiedlichen Kurzbeiträgen von Experten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Bail, Reinicke und Rummel untersuchen in ihrem Einleitungskapitel die Praktikabilität der unter den vier Bereichen des JAP aufgelisteten Maßnahmen. Für die Bereiche „Promoting Democracy and Stability and Fostering Development“ und „Responding to Global Challenges“ stellen die Autoren Ungleichgewichte heraus, die einer erfolgreichen Umsetzung der mannigfaltigen Einzelziele im Wege stehen. Zum einen bestehe ein Mißverhältnis zwischen der Vielzahl hochfliegender Aufgaben (die von der Friedenssicherung in allen Teilen Europas bis hin zur humanitären Hilfe reichen) und der geringen Zahl an institutionellen Mechanismen zu deren Umsetzung. Zum anderen gebe es eine Diskrepanz zwischen den Ambitionen für gemeinsames Handeln und den unterschiedlichen diplomatischen Ansätzen und Mitteln, die den Partnern zur Verfügung stehen bzw. von ihnen bevorzugt werden (z. B. unterschiedliche strategische Kultur, was den Einsatz militärischer Mittel oder wirtschaftspolitischer Sanktionen betrifft). Zustimmend heben Bail, Reinicke und Rummel hervor, daß der Abschnitt „Responding to Global Challenges“ den sich verändernden sicherheitspolitischen Herausforderungen verbal Rechnung tragen. Terrorismus, Drogenhandel, Migrationsbewegungen und Umweltprobleme lassen weder Raum für traditionelle militärische noch für unilaterale Lösungen. Der Weg zu entschlossenen gemeinsamen Politiken zur Lösung dieser globalen Herausforderungen ist jedoch noch weit, was jüngst die Querelen im Vorfeld und im Verlauf der Klimakonferenz in Kyoto gezeigt haben.

Die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen

Einen breiten Raum in den Erklärungen von Madrid nehmen die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen ein, die gegenüber den sicherheitspolitischen Beziehungen einen enormen Bedeutungsgewinn erfahren haben. Jeffrey Garten, Under-Secretary of Commerce in der ersten Clinton-Administration, betont, „that the days when we will subordinate our economic interests to political and security alliances - unless we are directly threatened militarily - are over. [...] We are entering an era when foreign policy and national security will increasingly revolve around our commercial interests, and when economic diplomacy will be essential to resolving the great issues of our age“ (zitiert in Gordon, 35). Ein Blick auf die einschlägigen Wirtschaftsdaten unterstreicht die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen: So gehören die EU und die Vereinigten Staaten zu den größten und vergleichsweise eng verflochtenen Wirtschaftsräumen der Welt. 1995 erwirtschafteten die Vereinigten Staaten ein BIP von \$6.087,5 Mrd (26.7% des Weltanteils), die Europäische Union im Vergleich \$7.023,7 Mrd. (30.8% des Weltanteils, vgl. Frost 1997: 8). Der Austausch von Waren und Dienstleistungen, zieht man Intra-EU-Handel hinzu, macht etwa die Hälfte des weltweiten Handels aus. Wirklich prägend für die Beziehungen zwischen der EU und den USA sind in den letzten zwanzig Jahren die Auslandsinvestitionen beim jeweiligen Partner gewesen. Während der Austausch von Waren und Dienstleistungen zugunsten eines vergrößerten Handels mit Entwicklungs- und Schwellenländern weltweit gemessen anteilig zurückging, vergrößerte sich der Anteil der gegenseitigen Auslandsinvestitionen stetig. So gingen 1995 etwa 58% der gesamten Auslandsinvestitionen in den USA auf das Konto von EU-Investoren; auf der Gegenseite verringerte sich der Anteil zwar auf etwa 44%, ist aber vor allem im Vergleich zum Engagement von US-Investoren im asiatisch-pazifischen Raum (nur 18% der gesamten US-Auslandsinvestitionen gingen in diese Region) immer noch bemerkenswert.

Die offensichtlich sehr enge Verbindung der beiden Wirtschaftsräume wird bei Betrachtung dieser Zahlen sehr deutlich und wirft unweigerlich mehrere Fragen auf, die im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion stehen. Welchen Prinzipien und Zielen sollten neue Initiativen wie der „New Transatlantic Marketplace“ und der „EU-US Joint Action Plan“ zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen folgen? In welcher Form müssen solche ökonomische Initiativen in beobachtbare Prozesse wie Regionalisierung und Globalisierung eingeordnet werden? Kann - und dies

ist wohl die zentrale Frage - eine verbesserte und vertiefte Wirtschaftspartnerschaft wirklich das neue Fundament transatlantischer Beziehungen darstellen?

Ein neuer transatlantischer Marktplatz

Zentraler Bestandteil der 1995 in Madrid verabschiedeten „New Transatlantic Agenda“ (NTA) ist die Schaffung eines neuen transatlantischen Marktplatzes. Eine tiefere wirtschaftliche Integration, so die weit verbreitete Überzeugung, sollte das Bündnis als Ersatz für die erodierende Symbolkraft der Sicherheitspartnerschaft stabilisieren und für die Zukunft sichern. Dabei weist *Wolfgang H. Reinicke* in seiner Studie zur Transatlantischen Wirtschaftsgemeinschaft deutlich darauf hin, daß es hier ganz klare Unterschiede zu machen gilt: Während der Sicherheitsbereich durch eine geringe Anzahl von staatlichen und damit hochgradig institutionalisierten Akteuren gekennzeichnet ist, die sehr kooperativ ausgerichtet sind, besteht der Wirtschaftsbereich aus einer hohen Anzahl privater, durch ökonomisches Selbstinteresse geleiteter Akteure, die auf informeller Ebene kooperieren und vor allem konkurrieren.

In Ausgestaltung und Ziel einer neuen transatlantischen Wirtschaftsinitiative kann man in der derzeit stattfindenden Diskussion sich deutlich unterscheidende Ansätze identifizieren. Der bei allen nahezu identischen Intention der Förderung des freien Handels zwischen den Partnern stehen stark voneinander abweichende Vorstellungen über die konkrete Gestaltung einer neuen Initiative gegenüber, die sich insbesondere in der Diskussion um die Prinzipien des Handelsbündnisses (u.a. Exklusivität, Umfang des Handelsbündnisses etc.) und weiteren (vor allem politischen) Zielen spiegelt. Im Gegensatz zu *Gregory Treverton* (im von Gompert und Larrabee herausgegebenen Sammelband), einem Verfechter einer lose gestalteten neuen transatlantischen Handelsagenda, die vornehmlich die Abschaffung verbliebener tarifärer Handelshemmnisse zum Ziel hat, betonen *Wolfgang H. Reinicke* und *Ellen L. Frost*, daß sich eine neue Initiative harten wirtschaftlichen und auch politischen Rahmenbedingungen stellen muß. So sei es erstens nicht offensichtlich, daß der Gewinn durch eine weitere Liberalisierung des transatlantischen Handels den dafür notwendigen Aufwand rechtfertigen würde. Darüber hinaus sähen sich die EU und die USA globalen Herausforderungen gegenüber, die einen neuen Anspruch an das transatlantische Bündnis stellen würden. Zudem sei der innenpolitische Widerstand gegen tiefere wirtschaftliche Integrationsschübe in den letzten Jahren rapide gewachsen, was bei der Ausgestaltung der Initiative

ebenfalls berücksichtigt werden müsse. Die bisher relativ unverbindlich gebliebenen Abkommen seien aus dieser politischen Perspektive jedoch schwach. Es ist kein klarer Zielkorridor vereinbart, keine Absicherungen gegen unilaterale Rückschläge eingebaut und kein Zeitrahmen als Druckmittel verankert worden.

Auffallend bei der Diskussion um eine „Atlantic Free Trade Agenda“ (AFTA) ist die unterschiedliche Interpretation der möglichen Gewinne bei einem Abbau verbliebener tarifärer Handelshemmnisse. Während Treverton betont, daß ein solcher Abbau vor allem im Agrarsektor bedeutende Handelszuwächse (vor allem auf amerikanischer Seite) schaffen könnte, beschreiben Reinicke und Frost diese Variante als aus handelspolitischer Sicht unbefriedigend. Dies könne zwar zu weiteren Liberalisierungen von Handel und Investitionen führen, berge jedoch die Gefahr in sich, das bestehende multilaterale System und vor allem die WTO durch seinen präferentiellen Charakter zu untergraben. Ob zudem die transatlantischen Partner ihre bisher führende Rolle innerhalb der WTO weiter spielen würden, sei ebenso fraglich. Der ökonomische Erfolg einer „AFTA“ könne zudem mager ausfallen, da die transatlantischen Partner bereits heute sehr tief integriert seien und weiterhin andere Staaten (beispielsweise aus der APEC oder den unterentwickelten Staaten) durch seinen exklusiven Charakter verschrecken könne.

Hinzu kommt, daß Treverton kein Rahmenabkommen favorisiert und sich damit an der gegenwärtig praktizierten Strategie fallbezogener Verhandlungen orientiert. Diese Strategie ist sehr flexibel. Allerdings ist fraglich, ob eine solche lose Agenda ein ausreichend starker Antriebsmotor für dauerhaft vertiefte Beziehungen sein kann. Es besteht die Gefahr, daß ohne die Formulierung mittel- und langfristiger Ziele in einem breit angelegten Abkommen ein solcher Prozeß auf Dauer zum Scheitern verurteilt ist. Im Rahmen solcher Verhandlungen dürfte es außerdem sehr schwer sein, politische Konflikte zu lösen; vergrößerte Handelsströme können nicht das einzige Maß für vertiefte transatlantische Beziehungen sein. Liberalisierung des Handels, die Vertiefung des multilateralen Handelssystems sowie die Entwicklung eines gemeinsamen Ansatzes zur Lösung handelsbezogener außenpolitischer Fragen stehen im Mittelpunkt des Konzeptes von Ellen L. Frost. Als Verbindung ökonomischer und politischer Elemente wäre die Initiative eine passende Ergänzung zur politisch-militärischen Instanz NATO. Das von Frost vorgeschlagene Modell einer „NATEC“ (North Atlantic Economic Community) vermeidet im wesentlichen die Mängel des Modells von Treverton, und stellt zudem ein wirksames Forum zur

Formulierung gemeinsamer Handelspolitik gegenüber Dritten dar. Auffallend ist aber, daß sich dieser Ansatz sehr auf das Verhältnis Europa - USA konzentriert und globale Problemstellungen nur am Rande einbezieht. Zudem kann das NATEC-Modell einen exklusiven Charakter nicht ganz vermeiden, da die politische Komponente eine ökonomisch vielleicht sinnvolle Ausweitung auf Mexiko, Kanada und Nicht-EU Länder praktisch ausschließt. Offensichtlich kann sich Frost nur sehr schwer vorstellen, daß es eine gemeinsam abgestimmte Außenpolitik hinsichtlich handelsbezogener Fragen gemeinsam mit Kanada oder gar Mexiko geben könne. Ihre Vorschläge sind zudem wenig konkret, was die genaue Ausgestaltung eines transatlantischen Policy-Netzwerkes angeht. So bleibt unklar, welche Akteure dort zum Zuge kommen könnten. Sicher ist, daß sich ein solches Netzwerk nicht auf reine Regierungsbeziehungen beschränken kann, sondern eine Vielzahl anderer Akteure einbeziehen muß. Weiterhin ist fraglich, ob das NATEC-Modell wirklich die ökonomischen Beziehungen so stärken und vertiefen kann, daß sie die Symbolhaftigkeit der Sicherheitsbeziehungen erreichen können, wenn die politische Komponente auf die Abstimmung handelsbezogener Außenpolitik beschränkt bleibt.

Eine neue transatlantische Wirtschaftsinitiative sollte also eher Teil eines breiter angelegten Konzeptes werden, daß die transatlantischen Beziehungen auf dem Hintergrund einerseits globaler, aber andererseits auch innenpolitischer Prozesse einbettet. Eine einfache Strategie der Handelsliberalisierung zwischen den transatlantischen Partnern sei, so der in der Washingtoner Brookings Institution forschende Reinicke, offensichtlich wenig profitabel und entspreche noch dazu nicht der „globalen Verantwortung“, der sich sowohl die USA als auch die EU stellen müßten. Zudem löse es nicht das Problem des bereits heute spürbaren innenpolitischen „backlash“ gegen tiefere wirtschaftliche Integrationsprozesse (12).

Transatlantische Beziehungen und Globalisierung

Globalisierung definiert als mikroökonomisches Phänomen, so Reinicke, hat sich bisher weitgehend auf die OECD-Welt und dort besonders auf die Triade Japan, USA und EU beschränkt (34). Die transatlantischen ökonomischen Beziehungen gehören somit zum „Herzstück“ der bisherigen Globalisierung, die im wesentlichen nationalstaatliche Politik vor allem im ökonomischen Bereich wenn nicht uneffektiv, so doch weniger einflußreich hat werden lassen.

Wolfgang Reinicke versucht auf diese Erkenntnisse aufzubauen: Das bisher wenig konkrete Konzept des „Neuen Transatlantischen Marktplatzes“ soll mit einem gemeinsamen "transatlantic public policy network" (53-54) ausgefüllt werden, um damit besonders auf qualitativ engere Beziehungen durch einen Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse in Form von engerer Kooperation in der Regulationspolitik, gemeinsamer Festlegung von Industriestandards und einer Anti-Kartell-Gesetzgebung sowie einer weitgehenden Harmonisierung der Steuersysteme wirken zu können. Der ökonomischen Komponente sollen zudem langfristig neue politische, soziale, ökologische und rechtliche Aspekte zur Seite gestellt werden, um eine nachhaltige Akzeptanz zu erlangen. Die Entstehung enger transatlantischer Kooperationsstrukturen soll die Partner dazu befähigen, globale Problemstellungen gemeinsam effizient zu lösen.

Eine Angleichung der Rahmenbedingungen und die Einbindung politischer, sozialer, ökologischer und rechtlicher Aspekte erfordert laut Reinicke allerdings einen viel breiteren Ansatz als nur den eines neuen Wirtschaftsbündnisses. Eine enge politische Integration der transatlantischen Partner ist allerdings unwahrscheinlich und aus verschiedenen Gründen wenig erstrebenswert. Reinicke versucht daher ein alternatives Konzept zu entwickeln, das im Sinne von „governance without government“ Strukturen gemeinsamer transatlantischer Ordnungspolitik schaffen könnte. Er konstruiert zu diesem Zweck ein Netzwerk aus staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, das durch die Beteiligung privater Interessen (z. B. in Form von Nicht-Regierungsorganisationen, Verbänden und Unternehmen) größere Akzeptanz und Legitimität bei den Betroffenen erfahren soll. Die Anwendung vertikaler Subsidiarität in politischen Entscheidungsstrukturen ermöglicht die Einbeziehung nationaler und subnationaler Strukturen in den politischen Entscheidungsprozeß (vor allem agenda-setting und Implementation), während horizontale Subsidiarität darauf abzielt, nicht-staatliche Akteure (u.a. Unternehmen und Nicht-Regierungsorganisationen) in nationale und internationale Steuerungs- und Ordnungspolitik zu integrieren. Der Begriff der (horizontalen) Subsidiarität wird in diesem Zusammenhang in einem breiteren Sinne benutzt - „Sub“ bezieht sich nicht nur auf eine tiefere policy-Ebene (wie innerhalb der EU oder im 10. Amendment zur U.S. Verfassung verwirklicht), sondern wird in einem funktionalen Sinne verstanden. In den Politikprozeß einbezogen werden alle Akteure, die ein Interesse am jeweiligen Problem haben und zu dessen Lösung beitragen können.

Der „Transatlantic Business Dialogue“ (TABD) ist ein bereits vorhandenes Modell: Er ist durch staatliche Initiative entstanden und setzt sich vor allem aus Vertretern der Industrie zusammen, die auf diesem Wege versuchen, Einfluß auf die regulative Politik der Staaten zu erhalten und bereits heute eine gewichtige Stimme bei der Ausgestaltung transatlantischer Handelspolitik haben. Solche gemeinsamen transatlantischen Organe unter Einbindung nicht-staatlicher Akteure könnten auf lange Sicht engere Kooperationsstrukturen schaffen und zudem das Problem mangelnder Partizipation privater Akteure im politischen Entscheidungsprozeß mildern. Zudem seien einige Problemstellungen unter Einbeziehung privater Akteure effizienter zu lösen, da Informationsasymmetrien gemindert und Transaktionskosten gespart würden. Die Angleichung nationalstaatlicher Rahmenbedingungen wäre so eine langfristig realistische Perspektive. Offen bleiben bei der durchweg auf hohem Niveau argumentierenden Studie Reinickes allerdings einige entscheidende mit der praktischen Ausgestaltung eines solchen Konzepts verbundene Fragen. Welche Akteure werden am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt? Wie sind diese Akteure legitimiert? Welche Rolle spielt der Nationalstaat in diesen politischen Entscheidungsprozessen? Die Analyse liefert dennoch einige wertvolle Anhaltspunkte für die seit längerer Zeit intensiv geführte Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen globaler Ordnungspolitik und ist in diesem Zusammenhang auch für die weitere Ausgestaltung der transatlantischen Beziehungen von Interesse.

Transatlantischer Brückenbau

Die Tragfähigkeit der transatlantischen Beziehungen hängt entscheidend von der Unterstützung durch breite Bevölkerungsschichten ab - ein in Forschung und Praxis oft vernachlässigter Aspekt. Unter dem Titel "Building Bridges Across the Atlantic" enthält die New Transatlantic Agenda Vorschläge zur Stärkung der zwischengesellschaftlichen Beziehungen, u. a. die Ausweitung des Transatlantic Business Dialogues, breitere Austauschprogramme, verbesserte Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Technologie, vermehrten interparlamentarischen Kontakten und die Förderung privat finanzierter Informations- und Kulturprogramme. Die Möglichkeiten eines dezentralen zwischengesellschaftlichen Austausches sind heute größer denn je, bedürfen jedoch auch der gezielten Unterstützung durch die Politik. Alternative Formen dieses Austausches spielen in einer Zeit, in der in allen westlichen Staaten

das öffentliche Interesse an traditioneller Außenpolitik (und auch die Zahl kompetenter Außenpolitiker) zurückgeht, eine wichtige Rolle.

Das von Bundespräsidialamt und Bertelsmann-Stiftung gemeinsam organisierte Bellevue-Gespräch mit dem Thema "Partnerschaft gestalten", dessen Beiträge in einem von Werner Weidenfeld herausgegebenen Sammelband abgedruckt sind, kann als Beispiel für den transatlantischen Dialog auf der Ebene von Politikern und Wissenschaftlern gelten. *Benjamin R. Barber* kritisiert in seinem Beitrag die Vernachlässigung des Bereiches des Bürgerengagements, in dem Vereinigungen, Gemeinden und Regionen die Handlungsträger seien. Er sieht in der Zusammenarbeit auf Bürgerebene ein "Mittel gegen die neuen wirtschaftlichen und sozialen Rivalitäten" (46). Nur wenn man dem einzelnen die Vorteile der transatlantischen Partnerschaft nahebringen könne (etwa durch die Förderungen von bottom up-Initiativen), hätten Populisten wie Buchanan, Haider und Le Pen keine Chance.

Der Bau zwischengesellschaftlicher Brücken ist somit eines der wichtigsten Elemente einer Stärkung der transatlantischen Beziehungen. Bail, Reinicke und Rummel resümieren treffend: "The lanes of these bridges are the right ones [...], but so far remain relatively small and untravelled." (36). Hoffnungsschimmer gibt es durchaus. Im Sinne einer Verbreiterung der Spuren mittels der Einbeziehung privater Akteure (wie z.B. von Nicht-Regierungsorganisationen, Unternehmen und Verbände) haben sich vor allem im letzten Jahr einige vielversprechende Ansätze gezeigt. Eine „Transatlantic Small Business Initiative“ wurde ebenso erfolgreich implementiert wie ein Transatlantic Labor Dialogue. Geplant sind weiterhin zur Förderung des Technologieaustausches ein „Transatlantic Information Exchange Service“ (TIES), sowie ein Transatlantic Digital Library Project. Zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Bindungen zwischen den transatlantischen Partnern soll ein „Transatlantic Civil Society Dialogue“ (TACD) etabliert werden, in dem Unternehmen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände und Regierungsvertreter zusammengeführt werden sollen.

Dies sind nur einige der Initiativen, die im Rahmen der „New Transatlantic Agenda“ bereits implementiert wurden oder aber in konkreter Planung sind. Diese entstehenden Brücken, sollten sie stabil gebaut sein, könnten durchaus in der Zukunft das von Reinicke eingeforderte „transatlantic public policy network“ werden, das eine vertiefte, gesunde transatlantische Partnerschaft spiegelt.

Perspektiven

Bail, Reinicke und Rummel weisen zu Recht darauf hin, daß eine Prognose für die Entwicklung der Beziehungen auf Grundlage langfristiger historischer Prozesse aufgrund des vergleichsweise kurzen Zeitraums seit dem Ende des Kalten Krieges kaum seriös wäre. Der „Medium-Term Perspectives Report“ beschränkt sich daher auf die Entwicklung verschiedener Szenarios für die nächsten fünf bis zehn Jahre, die im wesentlichen durch drei mögliche Trends („drift“, „US Primacy“, „enhanced partnership“, vgl. Bail, Reinicke, Rummel 1997: 169-175) gekennzeichnet sind. Mögliche Ursachen für ein Auseinanderdriften der Partner sind der Rückzug der USA auf eine isolationistische bzw. unilaterale Position, ein durch eine tiefe Krise im Integrationsprozeß handlungsunfähiges Europa, unterschiedliche Positionen bei Regionalkonflikten oder durch aggressive Wettbewerbsstrategien in der globalen Ökonomie hervorgerufene Konflikte. Eine USA-dominierte asymmetrische Beziehung („US Primacy“) könnte aus einem politischen und ökonomischen Niedergang Europas oder dem Aufkommen eines aggressiven autoritäreren Regimes in Rußland oder China resultieren, das die sicherheitspolitische Führungsrolle der USA wieder in den Vordergrund rückt. Eine stärker symmetrische Beziehung („enhanced partnership“) könnte das Ergebnis einer sich in Form der GASP oder WEU festigenden europäischen Sicherheitsidentität sein, was Europa zu einem gleichberechtigten Partner der USA machen würde, um globale Probleme gemeinsam anzugehen.

An diesen verschiedenen Szenarien wird sehr schnell deutlich, welche Gefahren das Scheitern der transatlantischen Beziehungen haben kann, aber auch, welche Optionen sich durch eine Vertiefung eröffnen. Der „Medium-Term Report“ von Bail, Reinicke und Rummel weist in diesem Zusammenhang in die richtige Richtung: Nicht ein bruchstückhaftes Weiterführen der bisherigen Verhandlungsstrategien ohne einen größeren Rahmen (sei es im ökonomischen, sicherheitspolitischen, ökonomisch, politisch oder sozialen Bereich) noch eine reine Erneuerung der Sicherheitpartnerschaft oder die Verfestigung der Wirtschaftsbeziehungen durch ein Wirtschaftsabkommen werden allein dafür sorgen können, das transatlantische Bündnis nachhaltig zu verfestigen und zu vertiefen und gleichzeitig „fit“ für die neuen globalen Herausforderungen zu machen. Der Ansatz einer „transatlantic public policy“, so wenig konkret er bisher geblieben sein mag, ist die vielversprechendste und angemessenste Antwort auf diese Herausforderungen. Ein dadurch entstehendes public policy-Netzwerk wäre zum einen in der Lage,

praxisorientiert und über Grenzen hinaus Probleme zu lösen; zum anderen öffnet es durch die Einbeziehung privater Akteure wie z.B. Unternehmen, Verbände und anderer Nicht-Regierungsorganisationen neue Horizonte hinsichtlich der Transparenz und der Wirksamkeit von Politik. Die Einbeziehung des Transatlantic Business Dialogue (TABD) ist, wie bereits angemerkt wurde, ein richtiger Schritt in dieser Richtung.

An fundierten Vorschlägen für die Ausgestaltung der transatlantischen Beziehungen mangelt es also nicht. Während somit die Think Tanks ihrer Aufgabe weitgehend gerecht werden, weist die wissenschaftliche Erforschung des Wandels der transatlantischen Beziehungen bislang große Lücken auf. In der Forschungslandschaft fehlen detaillierte, theoretisch informierte Studien zu den sich wandelnden Institutionen und Prozessen der Kooperation in den verschiedenen Bereichen. Die (von geöffneten Archiven profitierende) Studie Thomas Risses hat hier Maßstäbe gesetzt, die es auf andere Bereiche und Zeiträume zu übertragen gilt. Der keinesfalls völlig ausgereifte Ansatz einer "transatlantic public policy" fordert auch die Imaginationskraft der Politikwissenschaft. Die Diskussion um Formen internationaler „governance“ (und um nichts anderes geht es bei dem Ansatz einer „transatlantic public policy“) steckt noch in den Kinderschuhen und muß sich dieser Fragen annehmen.

Besprochene Literatur:

Christoph Bail, Wolfgang H. Reinicke, Reinhardt Rummel (eds.): EU-US Relations: Balancing the Partnership. Baden-Baden: Nomos 1997. 223 S., DM 39,-.

Ellen L. Frost: Transatlantic Trade: A Strategic Agenda. Washington, D. C.: Institute for International Economics 1997. 113 S., US\$ 12,50.

Anthony Laurence Gardner: A New Era in US-EU Relations? The Clinton Administration and the New Transatlantic Agenda. Aldershot: Avebury 1997. 167 S., £ 35,-.

David C. Gompert, F. Stephen Larrabee (eds.): America and Europe. A Partnership for a New Era. Cambridge: Cambridge University Press 1997. 276 S., US\$ 34,95.

Wolfgang H. Reinicke: Die Transatlantische Wirtschaftsgemeinschaft. Motor für eine neue Partnerschaft? Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1997. 117 S., DM 18,-.

Thomas Risse-Kappen: Cooperation Among Democracies: The European Influence on U. S. Foreign Policy. Princeton: Princeton University Press 1995. 250 S., US\$ 18,95.

Werner Weidenfeld: Kulturbruch mit Amerika? Das Ende der transatlantischen Selbstverständlichkeit. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1996. 156 S., DM 32,-.

Werner Weidenfeld (Hg.): Partnerschaft gestalten. Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen. Bellevue-Gespräche II. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1997. 128 S., DM 20,-.

Weitere zitierte Literatur:

Thomas Risse: The Cold War's Endgame and German Unification (A Review Essay), in: International Security 21 (1997), H. 4, S. 159-185.